

Studierendenparlament UPA der Bergischen Universität Wuppertal

AStA BU Wuppertal, Max-Horkheimer-Str. 15, 42119 Wuppertal

StuPa-Präsidium

Solveig Klebert Matthias Zipse Joshua Gottschalk

Max-Horkheimer-Straße 15 Gebäude ME, Ebene 04 42119 Wuppertal

stupapraes@asta.uni-wuppertal.de www.stupa-wuppertal.de

Wuppertal, den 05.06.2024

Vorläufiges Protokoll der 4. ordentlichen Sitzung des Studierendenparlaments vom 05.06.2024

Beginn: 18:06 Uhr Ende: 20:26 Uhr

Ort: AStA-Großraumbüro (ME04)

Redeleitung: Joshua Gottschalk **Protokoll:** Matthias Zipse

Anwesende Parlamentarier*innen: Solveig Klebert, Matthias Zipse, Joshua Gottschalk, Joshua Vohwinkel, Laura Schardt, Kai Radant (Vertretung für Erik Bamfaste), Christian Bensch (Vertretung für Luca Storms), Marcel Klein, Selin Akdağ, Simon Villa-Ramirez, Lea Hochkirchen, Lilith Wemper, Florian Mörschler, Alexander Beek, Vanessa Brisch, Ida Reddemann, Paul Heinisch, Aaron Weiß

Abwesende Parlamentarier*innen: Luca Storms (vertreten), Kristin Krebs (unentschuldigt), Daniel Müller (unentschuldigt), Vincent Flottmeyer (unentschuldigt), Erik Bamfaste (vertreten)

Gäste: Oliwer Bramorski (AStA Finanzen), Till Sörensen-Siebel (AStA-Vorsitz)

TOP 1 Begrüßung und Regularien

Joshua Gottschalk eröffnet die Sitzung um 18:06 Uhr.

Joshua stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde. Das Parlament ist mit 17 anwesenden Parlamentarier*innen beschlussfähig.

Joshua stellt folgende Tagesordnung vor:

- TOP 1 Begrüßung und Regularia
- TOP 2 Zweiter Nachtragshaushalt
- TOP 3 Änderung der Satzung der Studierendenschaft
- TOP 4 Änderung der Wahlordnung
- TOP 5 Änderung der Geschäftsordnung des Studierendenparlament
- TOP 6 Anträge
- TOP 7 Berichte aus den Gremien
- TOP 8 Hochschule und Hochschulpolitik
- TOP 9 Sonstiges und Termine

Die Tagesordnung wird mit 17/0/0 (Ja/Nein/Enthaltung) angenommen.

Das Protokoll der StuPa-Sitzung vom 08.05.2024 wird abgestimmt und mit 13/0/3 angenommen.

Zudem wird das Protokoll der zweiten Sitzung des Haushaltsausschusses zur Kenntnis genommen.

TOP 2 Zweiter Nachtragshaushalt

Oliwer Bramorski stellt den 2. Nachtragshaushalt vor. Er erläutert, der Titel "Verbindlichkeiten" könne verringert werden, weil alle Verbindlichkeiten aus dem Vorjahr erfüllt sind.

Paul Heinisch betritt um 18:11 Uhr die Sitzung

Oliwer erklärt weiter den Haushalt. Der Titel "Einnahmen" beim Sozialfonds seien höher als im ersten Nachtragshaushalt angesetzt, die Rückzahlungen der Darlehen liefen sehr gut. Deswegen könnten im Haushaltsjahr 2023/24 auch mehr Darlehen und jetzt, nach der Änderung der Sozialordnung, auch Beihilfen vergeben werden. Der Titel "Gehälter Verwaltung" könne verringert werden, Lea erklärt warum (sehr viel Puffer, weil sehr optimistischer Tarifabschluss erhofft). Der Haushaltstitel für die Aufwandsentschädigung ("AE") für AStA-Mitglieder solle wegen der 25%igen Erhöhung der AE für den neuen AStA erhöht werden. Hier sei eine weitere Änderung durch einen Änderungsantrag vom Haushaltsausschsuss ("HHA") beantragt. Die Titel für die AE für das StuPa-Präsidium und den Wahlausschuss, ebenso derjenige für die AE für die autonomen Referate sollten wegen der gleichen AE-Erhöhung höher angesetzt werden. Das autonome FLINTA-Referat benötige ein höheres Budget, was durch deren Verzicht auf einen Teil der AE und dessen Umbuchung in deren Budget-Titel möglich gemacht werden solle. Die Sponsoring-Titel sollten beide deutlich erhöht werden.

Matti fragt, was Titel 24290 "Sonstiges" beinhalte. Die Haushaltsansätze liefern die Antwort: Künstlersozialkasse und Kleinkrams.

Lea ergänzt Oliwers Ausführungen als Vorsitzende des HHA. Es hätten sich weniger Studierende als angesetzt eingeschrieben, also hat die Studierendenschaft weniger Einnahmen in allen Bereichen (Beiträge, Ticket, Fachschaften, Bühne Frei, Sozialdarlehen, ...).

Lea liest die Stellungnahme des HHA vor: "Der Haushaltsausschuss stimmt dem vorgelegten Entwurf für einen 2. Nachtragshaushalt zu, da die offenen Fragen zu den Erhöhungen bei den Gehältern (s. letzte Sitzung) geklärt werden konnten. Er empfiehlt dem Studierendenparlament eine Annahme des Haushalts, unter der Bedingung dass die Änderungsanträge den Sozialfonds (Titel 22299 (übertrag) von 10'500€ auf 10'782,05€) auszugleichen und die Aufwandsentschädigung (Titel 23122 aufwandsentschädigung von 96'288,00€ auf 92'000,00€) zu korrigieren, angenommen werden. Positiv hervorzuheben ist aus Sicht des Haushaltsausschuss, dass der AStA bemüht ist die Situation des AStA-Shops zu verbessern. Dennoch hält er die aktuelle Höhe der Zuschüsse auf Dauer nicht für tragbar. Im Bereich der Krabbelgruppe muss der AStA sich langfristig für alternative Finanzierungsmodelle einsetzen, kurzfristig muss eine Lösung bzgl. der vielen Überstunden geschaffen werden. Das zunehmende Sponsoring von Fachschaften kann aus Sicht des Haushaltsausschusses keine dauerhafte Lösung sein. Hier muss der AStA sich im Gespräch mit der FSRK um eine nachhaltigere Lösung bemühen. Der Haushaltsausschuss würde begrüßen, wenn das Referat für politische Bildung ein Konzept zur Bewerbung des Bücherschranks entwickelt, um mit dem Angebot auch tatsächlich Studierende zu erreichen. Dass die Rückzahlungen im Bereich des Sozialfonds so gut laufen und außerdem das Hilfsangebot erhöht werden kann, freut die Mitglieder des Haushaltsausschusses. Ebenso möchten sie die bessere Anlage der AStA-Gelder positiv hervorheben.

Diese Stellungnahme wurde mit Ja: 5 / Nein: 0 / Enthaltung: 0 angenommen."

Marcel möchte, dass der Telefonkostentitel nicht gekürzt wird. Matti erklärt, dass in diesem Titel Prepaid Handys eingeplant sind, die im aktuellen Haushaltsjahr bisher keine Kosten verursacht haben. Für den Rest des Haushaltsjahres würde nicht der Titel nicht mehr in voller Höhe benötigt.

Alexander fragt, warum Sponsoring so krass erhöht werden solle. Lea erklärt, die Gelder seien in der Studierendenschaft ungleich verteilt, einzelne Fachschaften müssten öfter unterstützt werden. Die anderen Fachschaften hätten die Unterstützungsmöglichkeit realisiert und beantragten jetzt auch Geld beim AStA. Ein neuer Verteilungsschlüssel der Gelder werde in der FSRK besprochen. Lea erklärt, dass es keine Dauerlösung sein könne, dass der AStA die Fachschaften subventioniert, weil diese sich nicht auf eine sinnvollere Verteilung der Gelder einigen können. Außerdem unterstütze sie Marcels Änderungsantrag, weil man an dieser Stelle nicht sparen müsse, wenn so viel Geld da ist. Till erklärt, dass er sich zu der Handyproblematik schon viel informiert habe, aber von gntel (dem Telefonanbieter des AStAs) noch keine Rückmeldung bekommen habe. Matti erklärt, dass Sponsoringanfragen in der Vergangenheit abgelehnt oder verringert werden mussten, weil nicht genug Geld im Topf war. Die Projekte seien allerdings unterstützenswert und ihnen kein Geld geben zu können sei in seiner AStA-Zeit immer schade gewesen. Till stimmt ihm zu und erklärt, dass durch eine Anlage des Geldes mehr Geld im Haushalt sei. Alexander findet falsch, durch Sponsoring mehr Geld in die Fachschaften zu leiten.

Matti stellt den Änderungsantrag, den Titel 22299 (übertrag) von 10'500€ auf 10'782,05€ zu erhöhen, um den Sozialfonds auszugleichen und den Titel 23122 (aufwandsentschädigung) von 96'288,00€ auf 92'000,00€ zu verringern, weil Lea die benötigte Höhe des Titels neu ausgerechnet habe. Oliwer übernimmt den Änderungsantrag.

Marcel stellt den Änderungsantrag, Titel 23125 (telefon) auf 470€ zu belassen, statt auf 250€ zu kürzen, dieser wird ebenfalls übernommen.

Der Gesamthaushalt wird mit 15/3/0 (Ja/Nein/Enthaltung) angenommen.

Lea verlässt um 18:40 die Sitzung.

TOP 3 Änderung der Satzung der Studierendenschaft

Solveig Klebert beantragt die Streichung von "§11 (5) Die Sitzungstermine sind der Studierendenschaft durch Aushang rechtzeitig bekannt zu geben." der Satzung der Studierendenschaft, da dieser Aufgabe seit mehreren Jahren nicht nachgekommen wird. Hierbei übersteigt der Aufwand die Nachfrage deutlich, zudem besteht für händische Aushänge keine Relevanz mehr, es würde lediglich unnötig Müll produziert werden. Wenn eine Bewerbung gewünscht ist, könnte über ein Socialmedia-Angebot nachgedacht werden, doch auch hier stellt sich die Frage nach dem zusätzlichen Aufwand für das StuPa-Präs.

Joshua betont wie sinnlos die Aushänge seien.

Lea stellt zur Debatte, den Satz nicht zu streichen, sondern durch eine Veröffentlichung auf der Webseite zu ersetzen.

Simon ergänzt, dass das StuPa eine Informationspflicht der Studierendenschaft gegenüber habe.

Ida schlägt eine Bewerbung über die digitalen Informationstafeln der Uni vor.

Paul plädiert für mehr Sichtbarkeit der studentischen Selbstverwaltung an der Uni.

Matti gibt zu bedenken, dass unsere Wahlbeteiligung ähnlich zu anderen Campus-Unis mit Präsenzwahl sei.

Solveig erzählt von den Bestrebungen und Überlegungen vom Wahlausschuss und erklärt, dass an der geringen Wahlbeteiligung bei der letzten Wahl auch der Streik schuld gewesen sei.

Solveig fragt, welche alternative Veröffentlichung zum Aushang, Homepage oder vielleicht Instagram, in der Satzungsänderung festgeschrieben werden soll. Kai schlägt vor, nur die Wörter "durch Aushang" zu streichen, nicht den ganzen Satz. Solveig nimmt Kais Änderungsantrag an.

Für eine Satzungsänderung benötigt das StuPa eine 2/3 Mehrheit.

Die geänderte Änderung der Satzung wird abgestimmt und mit 17/0/0 (Ja/Nein/Enthaltung) angenommen.

TOP 4 Änderung der Wahlordnung

Solveig Klebert beantragt die Ersetzung von § 4 (8) Satz 3 Fortfolgende der Geschäftsordnung des Studierendenparlaments durch "Alles weitere regelt die Geschäftsordnung des Studierendenparlaments"

Kai erklärt, dass diese Änderung der Wahlordnung der Debatte der Vertreter*innenregel auf der letzten Sitzung folge.

Matti erklärt, dass durch diese Änderung der Wahlordnung Abläufe erleichtert werden könnten, wenn in der Zukunft weitere Änderungen nötig werden. Die StuPa-GO könne schneller angepasst werden, weil deren Änderung als Mitteilung der Studierendenschaft durch den AStA-Vorsitz veröffentlicht wird, während eine Änderung der Wahlordnung als amtliche Mitteilung von der Universität veröffentlicht werden muss.

Die Änderung der Wahlordnung wird mit 17/0/0 (Ja/Nein/Enthaltung) angenommen.

TOP 5 Änderung der Geschäftsordnung des Studierendenparlament

Solveig beantragt folgende Änderung der Geschäftsordnung des Studierendenparlaments:

"§ 7 (1) zwischen "Pflicht,an" ein Leerzeichen nach dem Komma einfügen.

§ 7 durch einen (4) Punkt zu ergänzen, der die Vertretungsregelung wie folgt regelt: Jedes Mitglied des StuPas hat das Recht darauf, sich durch ein weiteres Mitglied derselben Liste vertreten zu lassen. Dafür muss das zu vertretende Mitglied vor Beginn der Sitzung dem StuPa-Präsidium die Vertretung benennen. Die Vertretung wird für die Dauer einer Sitzung benannt.

§ 8 (2) den ersten Satz wie folgt: Ist ein*e Stellvertreter*in gem. Abs. 1 für ein Mitglied des StuPa angezeigt, so übt er*sie das Stimmrecht für dieses Mitglied auf dieser Sitzung aus, wenn es nicht selbst auf derselben Sitzung anwesend ist. In diesem Fall gilt der*die Stellvertreter*in mit allen Rechten und Pflichten für die Dauer der Sitzung als Mitglied des StuPa. Die Feststellung der Stimmberechtigung erfolgt zu Beginn der betreffenden Sitzung gem. § 4 Abs. 1 Nr. 2. "

Die Änderung der Geschäftsordnung des Studierendenparlaments wird mit 17/0/0 (Ja/Nein/Enthaltung) angenommen.

TOP 6 Anträge

Florian bringt folgenden Antrag ein:

Antragstitel: Antisemitismus bekämpfen - Solidarisierung mit jüdischen Studenten

Antragssteller: Florian Möschler für die Liberal-Konservative Liste

Das Studierendenparlament fordert die Hochschulleitung auf

- keine Kooperationen mit Einrichtungen und Gruppierungen einzugehen, die die Shoah relativieren, eine Delegitimierung des Staates Israel betreiben oder sich in sonstiger Weise gegen jüdisches Leben richten
- ein Betätigungsverbot für Hochschulgruppen auszusprechen, die ihren Status an der Universität nutzen, um antisemitische Narrative zu verbreiten und zu normalisieren • eine Anlaufstelle für von Antisemitismus betroffenen Studenten zu schaffen und ein Konzept zur Bekämpfung antisemitischer Tendenzen zu erarbeiten.
- für den unbedingten Schutz jüdischen Lebens auf den Campus zu sorgen
- gegen alle Antisemitischen und Antizionistischen Äußerungen und Handlungen mit aller Härte vorzugehen und strafbare Handlungen anzuzeigen
- Studenten zu Exmatrikulieren, die an der Universität in antisemitische Vorfälle verstrickt sind und/oder damit verbundene Straftaten begehen
- Aufklärung gegen den Antisemitismus stärker in die Lehrpläne aufzunehmen
- sich klar zum Staat Israel und zur Schutzwürdigkeit jüdischer Studenten zu bekennen

den AStA auf

• sich bei der Hochschulleitung für die obigen Punkte einzusetzen

Simon und Selin bringen folgenden Antrag ein:

Antragstitel: Förderung von aktiver Toleranz, Bildung und Verantwortung - für eine Bergische Universität ohne Rassismus und Antisemitismus

Antragssteller*innen: Selin Akdağ, David Bachmann, Christian Bensch, Robert Hohmann, Marcel Klein, Kristin Krebs, Simon Villa Ramirez, Matthias Zipse, Luca Storms, Joshua Gottschalk (Grüne Liste und Die Linke.SDS), Laura-Sophie Schardt, Solveig Klebert (Juso HSG)

Das Studierendenparlament fordert:

- die Hochschulleitung dazu auf, Info- und Dialogveranstaltungen zum Thema Rassismus und Antisemitismus auszurichten. Gleichzeitig fordern wir Veranstaltungen, in denen reflektiert, differenziert und wissenschaftlich die Geschichte Palästinas und Israels bearbeitet werden. Diese sollen z.B. die Nakba, verschiedene Zionismus-Definitionen und andere konfliktspezifische Begriffe zum Thema haben. Während es seit dem 7. Oktober 2023 bereits einige Veranstaltungen zu dem Thema Antisemitismus gab, fordern wir die Erweiterung des Spektrums und dadurch die Miteinbeziehung aller Betroffenengruppen und Blickwinkel.
- aus dem AK Antisemitismus einen AK Rassismus & Antisemitismus einzurichten, in dem beide Themen abwechselnd besprochen werden und für beide Diskriminierungsformen Lösungen gefunden werden sollen.
- die Hochschullehrenden dazu auf, antisemitismus- und rassismuskritische Inhalte in ihre Veranstaltungen zu integrieren. Dies gilt insbesondere für Lehramtsstudierende, die darauf vorbereitet werden müssen, die aktuellen gesellschaftlichen Debatten in der Schule zu moderieren. Die Universität, die Lehrenden und die Studierenden sind dazu verpflichtet, im Sinne einer gesellschaftlichen Gesamtaufgabe, ihren Beitrag zur einer solidarischen, internationalen Gesellschaft zu leisten.
- Frau Potenza und die Stabsstelle Gleichstellung und Vielfalt rassismus- und antisemitismuskritisch zu sensibilisieren, damit sie eine Anlaufstelle für betroffene Studierende und Mitarbeitende darstellen können.

Die beiden Anträge werden diskutiert.

Till erklärt, dass der AStA schon seit längerem mit dem Rektorat im Austausch stehe um Bildungsveranstaltungen zu den Themen Antisemitismus und Rassismus zu organisieren.

Alexander findet es schade, dass erst jetzt über den Antrag der liberal-konservativen Liste gesprochen wird. Im Zuge des Palästina-Camps haben die LHG und die Jungliberalen Wuppertal eine Pressemitteilung veröffentlicht. Danach erreichten sie Schilderungen von Antisemitismus, die ihn schockiert hätten. Er finde aber beide Anträge gut und spreche sich für beide aus.

Matti fragt, ob solche Fälle in Zukunft auch an den AStA weitergeleitet werden könnten.

Florian spricht sich ebenfalls für beide Anträge aus und fragt, warum die Juso HSG, Die Linke.SDS und die GHG keinen Änderungsantrag gestellt haben, sondern einen eigenen Antrag.

Selin erklärt ein Änderungsantrag sei zu umfangreich und deshalb kompliziert zu stellen geworden. Der Antrag der jusos-links-grünen Koalition ginge mehr in die Tiefe und Dinge, die sowieso illegal sind (z.B. Kooperation mit Shoah relativierenden Organisationen) wären ausgelassen worden.

Till bekräftigt Matti, dass diskrimierende Vorfälle dem AStA gemeldet werden sollten, vor allem bei diesem Thema sollte eine Ablehnung gegen den AStA nicht bei der Meldung stören.

Vanessa findet es aufgrund der Thematik Antisemitismus nicht schön, dass ihre Liste nicht mit ins Boot geholt wurde. Sie ergänzt, dass das Thema Rassismus einen eigenen Antrag verdient hätte.

Lilith verlässt um 19:29 Uhr die Sitzung.

Benscho schildert beispielhaft, wie das Sozialreferat bei einem Fall vorgegangen ist.

Solveig erklärt, dass die Exmatrikulation und Definition von Antisemitismus im liberal-konservativen Antrag sie und die Koalition störten.

Joshua erzählt, dass es auch unter den Antragssteller*innen die Diskussion gab, ob es ein Antrag oder zwei Anträge zu Rassismus und Antisemitismus werden sollen. Er kritisiert die Einseitigkeit des liberal-konservativen Antrags.

Simon kritisiert, dass der liberal-konservative Antrag Antisemitismus als Problem von außen framen würde.

Ida kritisiert das gegeneinander Ausspielen der Betroffenengruppen.

Vanessa betont nochmal die Sichtbarmachung von Antisemitismus, was durch zwei getrennte Anträge besser gewährleistet werden könne.

Florian bietet an, den Punkt der Exmatrikulation in seinem Antrag in Sanktionierung von Studierenden, die antisemitische Straftaten begehen, abzuändern.

Ida erwidert, dass wir für die Bestrafung von Straftaten einen Rechtsstaat hätten.

Selin ergänzt, dass es schnellere Handlungsmöglichkeiten brauche und ein Abwarten auf eine Verurteilung viel Zeit brauche.

Till ergänzt, dass das Rektorat bereits die Sanktionsmöglichkeiten bei diskriminierendem Verhalten evaluiere.

Till und Joshua geben zu bedenken, wie schwierig eine Exmatrikulation sei.

Ida erklärt, dass der links-grün-juso Antrag durch Dialog auf Prävention setze statt auf Bestrafung.

Florian möchte eine namentliche Abstimmung. Diese ist jedoch nicht in der Geschäftsordnung vorgesehen. Er beruft sich auf §16 Abweichung von der Geschäftsordnung. Dafür ist eine 2/3-Mehrheit nötig.

Paul fragt, warum Florian eine namentliche Abstimmung möchte. Florian antwortet.

Marcel weist darauf hin, dass die Antragsstellenden mit Klarnamen auf dem Antrag stünden und sich zu ihm bekännten, eine namentliche Abstimmung brächte keine neuen Erkenntnisse.

Eine namentliche Abstimmung wird mit 1/9/6 (Ja/Nein/Enthaltung) abgelehnt.

Der Antrag "Antisemitismus bekämpfen - Solidarisierung mit jüdischen Studenten" von der liberalkonservativen Liste wird mit 3/8/5 (Ja/Nein/Enthaltung) abgelehnt.

Der Antrag "Förderung von aktiver Toleranz, Bildung und Verantwortung - für eine Bergische Universität ohne Rassismus und Antisemitismus" von den Jusos und der Grünen Liste & Die Linke.SDS wird mit 16/0/0 (Ja/Nein/Enthaltung) angenommen.

Florian gibt ein Sondervotum ab, welches dem Präsidium innerhalb der vorgegebenen Zeit zugekommen ist: "Gerade nachdem die LHG von jüdischen Studenten berichtet hat, ist es nicht nachvollziehbar den vorliegenden Antrag abzulehnen. Auch die bloße Aussage, dass man sich

dennoch für jüdische Studenten einsetzen wird, ist nicht schlüssig, wenn man im selben Augenblick sich gegen einen Antrag ausspricht, der genau dies fordert. Gerade das der Forderung die Zustimmung verweigert wird, dass Studenten, die antisemitische Straftaten begehen, nach dem Ordnungsrecht der Universität sanktioniert werden sollen, halte ich für das vollkommen falsche Signal und sorgt nicht für einen besseren Umgang mit Antisemiten, wenn diese wissen, dass die verfasste Studierendenschaft keine Konsequenzen fordert. Auch der Argumentation, dass Prävention durch Informationsveranstaltungen sinnvoller sei, kann ich nicht folgen, da Prävention bei denen, die durch Antisemitismus auffallen, meist schon zu spät ist."

TOP 7 Berichte aus den Gremien

Solveig berichtet von der ZSB-Kommission. Der Tätigkeitsbericht über den Zeitraum Okt. 2021- Sept. 2023 wurde abgestimmt, der Vorsitz und dessen Stellvertretung wurden gewählt. Marcel ergänzt, dass die Barrierefreiheit von Veranstaltungen besprochen wurde. Der AStA möchte einen Barrieresteckbrief machen, er sieht u.a. ein Problem bei den Aufzügen nach 22 Uhr und am Wochenende. Eine Idee war auch, das Thema Inklusion in die EvaSys Bögen aufzunehmen.

Till berichtet aus dem AStA-Vorsitz. Es kam Post von den WSW, die u.a. Daten für eine Black- und eine Whitelist von Semesterticketberechtigten vom AStA brauchen. Beim Rektoratsgespräch wurde über das Palästina-Camp gesprochen. Die Kommunikationsstrategien des AStAs und der Uni dazu seien relativ ähnlich. Till hat sich außerdem mit dem UniSport getroffen. Von 16. bis 27.07.2025 finden in Deutschland die World University Games statt. Eventuell könnten sich drei Menschen von der BUW qualifizieren, es sollen auch Veranstaltungen in Wuppertal bzw. in der Nähe stattfinden. Die Wasserspender wurden dafür kritisiert, dass große Flaschen nicht drunter passen. Das liege an den mangelnden Optionen der Größe der Spender bei den geforderten Hygienestandards.

Simon berichtet von der Bibliothekskommission. Die ersten Mitarbeiter*innenschulungen hatten 22 Teilnehmer*innen, die Bibliothek könne zur Zeit etwa eine Schulung jährlich für ihre Mitarbeitende anbieten, die Anzahl solle aber eventuell auf zweimal jährlich erhöht werden. Die Problematik solle beim Diversity-Day angesprochen werden. Es solle eine Open-Access-Policy an der Universität implementiert werden. Ein neuer Lesesaal auf Ebene BZ.09 sei geplant, aber es gebe gerade Probleme beim Bau. Das Problem bei der fehlenden Belüftung und mangelnden Ausstattung des Mutter-Kind-Raumes wurde angesprochen und die Bibliothek nehme das auf. Simon habe auch Schlafkapseln wie in Köln angesprochen.

Kai berichtet von einem Treffen zur Nahmobilität an der Universität dem Senatsbeschluss folgend. Es fand eine Begehung des Campus statt. Die Baustellensituation war der Verkehrssicherheit der Stadt ein Dorn im Auge. Es wurden viele Prüfanträge an die Stadt gegeben, aber diese habe für größere Projekte, die über neue Beschilderung und Markierung (Tempo 30 und neue Zebrastreifen) hinaus geht, kein Geld.

Benscho berichtet von der Übergabe der MensaRevolution-Forderungen an das HSW. Es wurde sehr lange über den Ist-Zustand gesprochen, also welche Punkte schon erfüllt oder in Bearbeitung sind, z.B. soll jetzt an den Wohnheimen Mülltrennung eingeführt werden. Die Umstellung auf Tütenmayonnaise und -ketchup in der Mensa sei wegen geplanter elektronischer Kassen ohne Personal nötig. Die Kühlhäuser seien nicht einzeln abschaltbar, weswegen Konserven gekühlt werden, weil ungekühlter Lagerplatz knapp sei. Eine Biogasanlage werde überlegt, aber lohne sich für das HSW alleine nicht. Ein Zusammenschluss mit anderen HSWen werde überlegt. Ein bio und regionales Angebot in der Gastronomie des HSW sei das Ziel, aber die von ihr benötigte Menge werde oft nicht hergestellt.

TOP 6 Hochschule und Hochschulpolitik

Joshua berichtet von der Einladung zur Teilnahme an der Eva-Quest-Umfrage durch Frau Buch. Es lohne sich, diese zu pushen, um möglichst aussagekräftige Aussagen für zukünftige Gespräche mit dem Rektorat zu haben. Er bittet alle, die Umfrage in ihren Freundes- und Bekanntenkreisen bekannter zu machen.

TOP 7 Termine und Sonstiges

06.06. "Deine Rechte und Pflichten als SHK"

09.06. Europaparlamentswahl

11.06. Ringvorlesung

17.06. BIPoC-Werkstatt

17.06. Antisemitismus City Kirche

18.06. ArbeiterKind Workshop Bildungsgerechtigkeit

19.06. BIPoC-Werkstatt

28.-29.06. AfD-Parteitag in Essen mit Gegenveranstaltungen

25.06. Ringvorlesung

StuPa 03.07.2024

Senat 10.07.2024

Die Sitzung des StuPas wird um 20:26 Uhr durch Joshua beendet.